Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2469**
15. Wahlperiode 11. 02. 2004

Antrag

der Abgeordneten Ulrich Heinrich, Markus Löning, Dr. Guido Westerwelle, Harald Leibrecht, Jürgen Koppelin, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Guttmacher, Dr. Christel Happach-Kasan, Klaus Haupt, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Gudrun Kopp, Sibylle Laurischk, Ina Lenke, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Bekämpfung von HIV/Aids zu einem Hauptanliegen in der Entwicklungspolitik machen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bewältigung der HIV/Aids-Epidemie ist die größte Herausforderung der Entwicklungszusammenarbeit in diesem Jahrhundert. Weltweit sind etwa 42 Millionen Menschen mit HIV/Aids infiziert. Insbesondere im südlichen Afrika, wo mehr als 30 Millionen HIV-Infizierte leben, droht eine humanitäre Tragödie. Mehr als 13 Millionen Kinder sind durch HIV/Aids zu Waisen geworden. Auch das Millenniumsziel der Armutsbekämpfung, eine Halbierung der weltweiten Armut bis zum Jahr 2015 zu erreichen, ist stark gefährdet. In den Ländern mit den höchsten Infektionszahlen droht nicht nur ein wirtschaftlicher Zusammenbruch, sondern auch die Entwicklung der Demokratie ist in äußerster Gefahr. Die rasante Ausbreitung der Krankheit ist ein Risiko für die Stabilität und Sicherheit der betroffenen Staaten.

Prävention und allein der Aufbau von Gesundheitsstrukturen, die bisher von der Bundesregierung unterstützt werden, genügen nicht mehr, um eine globale Katastrophe zu verhindern. Schon heute geht in einigen Entwicklungsländern die Höhe der Lebenserwartung deutlich zurück, teilweise auf unter 40 Jahre. Dieser Trend wird sich fortsetzen, wenn die internationalen Anstrengungen im Kampf gegen HIV/Aids nicht wesentlich verstärkt werden.

Die positiven Auswirkungen von Behandlungsprojekten auf die Lebensverlängerung und die Lebensqualität der erkrankten Menschen und damit auf die Möglichkeit der selbstständigen wirtschaftlichen Versorgung der Familien und die Verminderung der Anzahl der Waisenkinder müssen in der Entwicklungszusammenarbeit wesentlich mehr Beachtung finden und verstärkt werden.

Die Bekämpfung von HIV/Aids muß insbesondere in Ländern südlich der Sahara zu einem Hauptanliegen der Entwicklungspolitik werden.

Bisher gibt es keine Heilung der Krankheit. Die derzeitigen Behandlungsmethoden mit antiretroviralen Kombipräparaten können jedoch die Lebenserwartung wesentlich steigern und die Lebensqualität verbessern. Insbesondere der Einsatz von Wirkstoffkombinationen hat die Therapie von HIV/Aids wesentlich verbessert. Sie haben oft eine höhere Wirksamkeit als Monopräparate und ihre Verabreichung ist erheblich unkomplizierter. Wichtig bei der Anwendung der antiretroviralen Kombipräparate ist jedoch ihre Qualität, die verlässliche Einnahme und die Sicherstellung der Kontinuität der Verabreichung. Ist dies nicht gewährleistet, können Resistenzen der HI-Viren entstehen und so jeden Behandlungserfolg zunichte machen. Einer der Hauptübertragungswege von HIV in Afrika, die Übertragung des Virus von schwangeren, HIV-positiven Frauen auf ihr Kind während der Schwangerschaft, der Geburt und der Stillzeit, kann durch antiretrovirale Arzneimittel und andere Maßnahmen (z. B. Abstillen der Säuglinge, Ernährung der Babys durch künstliche Milch, Wasserfilter zur Verbesserung der Trinkwasserqualität) bei sehr vielen Neugeborenen verhindert werden. Menschen im produktiven Alter können wieder einer Arbeit nachgehen, Mütter für ihre Kinder dasein, Kinder können ohne Aids aufwachsen. Die o. g. Folgen von HIV/Aids können durch die Behandlung der betroffenen Menschen eingedämmt werden. Die Behandlung und damit eine Lebensverlängerung trägt nicht nur im Wesentlichen dazu bei, dass Menschen sich testen lassen, sie hat ebenfalls positive Auswirkungen auf Aufklärung und die Vorbeugung und damit zur Eindämmung der Krankheit.

Der Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria (GFATM) wurde von den G8-Staaten, also auch von Deutschland, im Jahr 2001 eigens zur Finanzierung des Kampfes gegen HIV/Aids gegründet. Dieser schätzt, dass zur Bekämpfung von HIV/Aids allein in diesem Jahr 7,4 Mrd. Euro notwendig sind. Derzeit werden weltweit jedoch nur ca. 1,3 Mrd. Euro bereitgestellt. Der Anteil Deutschlands an den bereitgestellten Geldern ist bisher äußerst gering. Er betrug im Jahr 2002 lediglich 12 Mio. Euro, im Jahr 2003 32,5 Mio. Euro. Für das Jahr 2004 wurden von der Bundesregierung Zusagen in Höhe von 38 Mio. Euro beschlossen. Im Gegensatz dazu hat Frankreich ein Vielfaches an den GFATM gezahlt. Im Einzelnen waren das in den Jahren 2002 und 2003 jeweils 50 Mio. Euro und für das Jahr 2004 sind von Frankreich 150 Mio. Euro zugesagt.

In den nächsten Jahren wird die Summe der benötigten Gelder weiter anwachsen. Doch jeder Euro, den wir jetzt in die Behandlung von HIV-Inifizierten investieren, erspart uns in der Zukunft ein Vielfaches an humanitärer Nothilfe.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- ihrer Verantwortung im internationalen Kampf gegen HIV/Aids gerecht zu werden und ihren Beitrag entsprechend der wirtschaftlichen Leistung Deutschlands zu erhöhen;
- den Beitrag der deutschen Bundesregierung zum Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria (GFATM) von derzeit 38 Mio. Euro auf 76 Mio. Euro für das Jahr 2004 zu verdoppeln;
- neben der Förderung von Präventionsmaßnahmen verstärkt Projekte zur Behandlung von HIV/Aids zu initiieren und zu unterstützen. Dabei sollte auf bereits existierende Initiativen, insbesondere auf Public-Private Partnerships zurückgegriffen und diese ausgebaut werden;
- in besonderem Maße Projekte zur Verhinderung der Mutter-Kind-Übertragung von HIV/Aids zu unterstützen;

- sich dafür zu engagieren, dass der Zugang zu antiretroviralen Kombipräparaten verbessert wird, indem in die notwendigen Infrastrukturen investiert wird, die Kapazität medizinischer Versorgungseinrichtungen und der Labore erweitert wird sowie eine verstärkte Ausbildung von Fachpersonal vor Ort erfolgt;
- darauf zu achten, dass Verwendung findende Generika, insbesondere Kombipräparate, von hoher Qualität sind, da sonst die Gefahr von Resistenzbildung besteht;
- auf internationaler Ebene, insbesondere aber in Gesprächen mit Vertretern aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara, auf die Problematik Aids immer wieder hinzuweisen;
- sich insbesondere dafür einzusetzen, dass in den betroffenen Ländern HIV/Aids offensiv als Krankheit anerkannt und eine nationale Strategie für den Kampf gegen HIV/Aids entwickelt wird, in die die internationalen Hilfsprojekte eingebunden sind, und die notwendige Hilfe dafür anzubieten;
- sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass verstärkt Mittel aus dem Europäischen Entwicklungsfonds für den Kampf gegen HIV/Aids eingesetzt werden.

Berlin, den 10. Februar 2004

Ulrich Heinrich
Markus Löning
Dr. Guido Westerwelle
Harald Leibrecht
Jürgen Koppelin
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Jörg van Essen
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karlheinz Guttmacher
Dr. Christel Happach-Kasan
Klaus Haupt
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Michael Kauch
Gudrun Kopp
Sibylle Laurischk
Ina Lenke
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Günter Rexrodt
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae
Jürgen Türk
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333